

Martina Haas überzeugt: «Einen weiteren Frauenstreik wird es bestimmt geben»

Interview Am 14. Juni vergangenen Jahres zogen rund 200 Frauen und Männer durch die Vaduzer Strassen und mahnten lautstark den Stillstand der Gleichstellungspolitik an. Martina Haas, Conny Büchel Brühwiler und Petra Eichele ziehen nun nochmals Bilanz und erzählen, was sich seither verändert hat.

VON SILVIA BÖHLER

«Volksblatt»: Vor einem Jahr fand der Frauenstreiktag statt. Wie sieht heute Ihre Bilanz aus?

Conny Büchel Brühwiler: Die Bilanz ist durchgezogen. Positiv finde ich die nach wie vor gute Zusammenarbeit verschiedener Nichtregierungsorganisationen und Vereine, die sich durch den Frauenstreik vertieft hat. Positiv sind auch die Reaktionen junger Frauen und Männer. Sie setzen sich für Gleichstellung, Demokratie und Umweltschutz ein und waren aktiv beim Streiktag dabei. Weniger positiv finde ich einige Reaktionen aus Landtag und Regierung. Anliegen im Bereich Gleichstellung bekommen selten Zustimmung, werden mehrheitlich kritisch begutachtet und oft auch rundheraus abgelehnt. Am schlimmsten finde ich windige Ausreden. Man wäre in der Sache schon dafür, aber gerade DIESES Statement, oder DIESE Vorstoss oder eben gerade DIESE Kommentar sei jetzt doch denkbar der Falsche und daher könne man sich nicht für ein Anliegen aussprechen. Das finde ich unehrlich.

Petra Eichele: Unsere Themen, die wir auch in unserem Manifest als Forderungen aufgeführt haben und an denen wir ja schon seit Jahrzehnten arbeiten, sind definitiv auch dank des Frauenstreiktages in der Gesellschaft präsenter geworden. Das hat auch die aktuelle Coronakrise gezeigt. Jahrelang haben wir über die unbezahlte Care-Arbeit gesprochen, dieses Thema fand aber kein Echo in der Gesellschaft. Schlecht bezahlte Frauenberufe, unbezahlte Care-Arbeit, Vereinbarkeit von Familie und Erwerb: alles Themen, die wir am Frauenstreik benannt haben, wurden auch durch die Coronakrise sichtbar. Jetzt wird endlich gesehen, dass diese Themen wichtig sind, sogar systemrelevant. Der Frauenstreik hat definitiv dazu beigetragen, dass hier eine Sensibilisierung in der Gesellschaft stattgefunden hat. Das hat sich auch darin gezeigt, dass, als die Kitas geschlossen wurden, umgehend von der Regierung eine Notbetreuung eingerichtet wurde. Auch standen wir im Kontakt mit dem Amt für Soziale Dienste. Das Amt hat sich für unsere Anliegen interessiert und nachgefragt, welche Anfragen bei der Infra aufgrund der Coronakrise auftauchen. Die Zusammenarbeit mit den Behörden hat in dieser Zeit sehr gut funktioniert.

Martina Haas: Kritikerinnen und Kritiker, die behaupten, dass der Frauenstreik nicht wirklich etwas gebracht hat, verinnerlichen uns dadurch, dass die konkreten Ziele und Inhalte des Frauenstreiks weniger aufgenommen und umgesetzt werden. An solche Aussagen dürfen wir uns nicht gewöhnen. Schon während der Vorbereitungen zum Frauenstreiktag hat eine lebendige und vielfältige Bewegung unter Frauen und solidarischen Männern stattgefunden. Die Zusammenarbeit der NGOs sowie die gelebte Solidarität haben eine positive Dynamik entwickelt, die auch heute noch spürbar ist. Was die Umsetzung unserer Forderungen aus dem Manifest betrifft, sieht die Bilanz eher ernüchternd aus.

Was ist von der positiven Dynamik noch vorhanden?

Petra Eichele: Die Frauen haben ihr bestehendes Netzwerk vergrössert und breiter aufgestellt. Wir arbeiten vermehrt überparteilich zusammen. Parteigrenzen sind nicht mehr so relevant, die Themen stehen im Mittelpunkt. Als Beispiel nenne ich das Frauennetz. Wir haben seit dem Frauenstreiktag drei neue Organisationen in unser Netzwerk aufgenommen. Auch ist das Frauennetz Trägerin des



Sie sehen Fortschritte, aber auch noch grossen Handlungsbedarf, von links: Martina Haas (stv. Geschäftsführerin des LANV), Politikerin Conny Büchel Brühwiler und Petra Eichele (Geschäftsführerin der Infra). (Foto: Michael Zanghellini)

überparteilichen Projektes «Vielfalt in der Politik». Wir hoffen sehr, dass sich die positive Dynamik in den Landtagswahlen niederschlägt.

Conny Büchel Brühwiler: Da ist einiges an Dynamik vorhanden. Die einzelnen Organisationen haben ihre Projekte laufen, wie beispielsweise die Verfassungsinitiative, die viel Engagement fordern. Die Freie Liste wird dieses Jahr wieder den überparteilichen Frauenapéro als Vernetzungs- und Austauschplanen.

In einem Manifest hielt das Streikkomitee sieben Forderungen fest. Wie hat die Politik darauf reagiert?

Petra Eichele: Wir konnten ein halbes Jahr nach dem Frauenstreik im Januar 2020 das Manifest an unseren Gesellschaftsminister übergeben. Wir hatten eine rege Diskussion mit Mauro Pedrazzini und es hat sich gezeigt, dass wir nicht bei allen Themen dieselbe Sichtweise haben. Mit unserer ersten Forderung, nach einer Erhebung der Anzahl Stunden der unbezahlten Care-Arbeit sind wir beim Ministerium nicht durchgekommen. Wir wollen wissen, wie viele Stunden unbezahlter Care Arbeit von - und es sind nunmal vorwiegend Frauen - in Liechtenstein geleistet werden. Die unbezahlte Care-Arbeit muss in der 2. Säule oder in einer 3. Säule abgebildet werden. Gerade Frauen zahlen weniger in die 2. Säule ein, weil sie aufgrund der Care-Arbeit Teilzeit arbeiten. Der Gender Pay Gap in der 2. Säule beträgt in Liechtenstein 63 Prozent, in Franken 18 674. Also Frauen haben im Pensionsalter im Durchschnitt 63 Prozent weniger zur Verfügung als Männer und sind eher von Altersarmut betroffen.

Conny Büchel Brühwiler: Im Manifest geht es unter anderem darum, dass wir eine Gleichstellungsstrategie fordern, die umfassend ist und sich an unseren Nachbarstaaten orientiert. Dort gehören Gleichstellungsmassnahmen zum politischen Alltag. Also nichts Neues oder Unmögliches - nur ein klares Bekenntnis, als Staat Verantwortung zu übernehmen und zu handeln. Die dringenden Empfehlungen der Vereinten Nation für Liechtenstein sind genau zu dieser Thematik formuliert. Da treffen wir momentan in der Regierung kaum auf offene Ohren.

Bei welchen Forderungen, wurden Fortschritte erzielt?

Martina Haas: Die Frauenlöhne sind in den vergangenen zwei Jahren stärker gestiegen als die Männerlöhne. Die Lohngleichheit hat sich von 15,2 Prozent auf 14,7 Prozent verbessert.

40 Prozent dieses Wertes lässt sich nicht mit Faktoren wie Ausbildung, berufliche Stellung, Erfahrung etc. erklären. Sollte es sich zukünftig in diesem bescheidenen Bereich weiterbewegen, dauert es noch weitere 30 Jahre bis zur Lohngleichheit. Wollen wir wirklich so lange warten?

Conny Büchel Brühwiler: Die familienergänzenden Betreuungen werden seit einigen Jahren im Land über Kitas, Krippen, Mittagstische und Tagesmütter gut abgedeckt. Wir sind gespannt, mit welchem Vorschlag die Umsetzung des Vaterschaftsurlaubs bzw. der Elternzeit von der Regierung geplant wird. Bleibt es bei den Mindestformulierungen der EU oder werden die Bedürfnisse der jungen Eltern, welche bereits erhoben wurden, berücksichtigt. Als kleinen Fortschritt werte ich auch, dass das Bewusstsein gegenüber gehörlosen Menschen in der Coronakrise gewachsen ist. Sie wurden in den Medienmitteilungen durch eine Gebärdensprachdolmetscherin informiert. Auch das Informationsbedürfnis von Gehörlosen an politischen Themen ist gewachsen. Der Gehörlosenkulturverein organisiert Veranstaltungen zu politischen Themen, die im August zur Abstimmung kommen.

Empfinden Sie die aktuelle Situation als befriedigend?

Martina Haas: Wäre die Situation befriedigend, bräuchte es keine lauten Bewegungen. Noch nie sind so viele Menschen weltweit auf die Strasse gegangen, um gegen die Herabwürdigungen von Frauen zu demonstrieren. Dies ist ein starkes Signal.

Conny Büchel Brühwiler: Die letzten Gemeinderatswahlen zeigen, dass der Frauenanteil in der Politik erhöht werden kann. Da hat der Verein «Hoi Quote» beigetragen, ein Bewusstsein zu schaffen. Da müsste viel mehr Engagement vonseiten der Regierung kommen. Das aktuelle Beispiel «Mobilitätskonzept» zeigt deutlich, wie die Regierung Werbung auf ganz verschiedenen Kanälen macht, um die Bevölkerung über das Thema zu informieren. So eine Kampagne wünsche ich mir auch im Bereich Gleichstellung/politische Partizipation von Frauen. Das machen aber nach wie vor private Initiativen, die bei privaten Sponsoren um Geld anfragen und kaum staatliche Unterstützung bekommen. Sonst wären wir in dieser Thematik längst weiter.

Die Coronaepidemie hat uns wieder gezeigt, dass sich in erster Linie die Frauen um die Kinder kümmern müssen. Schlagen hier die alten Geschlechterrollen durch?

Conny Büchel Brühwiler: In Krisenzeiten fallen Menschen oft in alte Verhaltens- und Rollenmuster. Der Lockdown hat den Familien wenig Wahl gelassen. Die Pandemie hat uns aber auch gezeigt wie systemrelevant Frauen sind. Gerade in Pflege- und medizinischen Berufen, Verkauf, Reinigung und Bildung sind vorwiegend Frauen tätig. Weil sie täglich ihren Job (viele davon neben der Kinderbetreuung) gemacht haben, sind wir gut durch die Krise gekommen. Diese Anerkennung sollte sich in mehr Wertschätzung für diese Berufsgruppen niederschlagen. In einzelnen Berufsgruppen, wie z. B. Reinigung auch klar mit besseren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen. Ich hoffe, diese Krise trägt auch zum Ändern unserer traditionellen Rollenbilder bei, welche ja eher den «starken Mann» als Retter in der Not sehen. So sieht es aber in der heutigen Realität nicht mehr aus. Es braucht eben beide, Mann und Frau.

Petra Eichele: Es waren beide Elternteile gefordert. Aber bei Familien, die eher das traditionelle Familienmodell leben, der Vater arbeitet Vollzeit, die Mutter Teilzeit, hat sich gezeigt, dass die Mütter vermehrt für das Home-Schooling zuständig waren und das Homeoffice am Abend oder in der Nacht erledigen mussten. Aber es gab auch Familien, die sich mit Homeschooling und Homeoffice abgewechselt haben. Ich sehe in der Coronakrise auch eine Chance, um mit alten Rollenbildern zu brechen und nach flexiblen Lösungen zu suchen, um die Gleichberechtigung von Frau und Mann bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen grossen Schritt voranzubringen. Jetzt haben die Unternehmen gezeigt, dass Homeoffice und flexible Arbeitszeitmodelle möglich sind.

Die Coronapandemie hat auch wirtschaftliche Auswirkungen. Sind die Frauen hier besonders betroffen?

Conny Büchel Brühwiler: Viele Frauen arbeiten, ohne angestellt zu sein im Familienbetrieb mit. Das bedeutet, dass sie auch nicht versichert sind (keine Krankentaggeldversicherung bei Schwangerschaft oder eben Krankheitsausfall); keine zweite Säule, keine Kurzarbeitsentschädigung. Die Regierung hat in der Krise reagiert. Das wäre nicht nötig, gäbe es hier eine Versicherungspflicht.

Petra Eichele: Bei uns haben sich Frauen gemeldet, die Teilzeit gearbeitet haben und denen jetzt gekündigt wurde. Sehr viele Frauen sind Teilzeit beschäftigt und in Branchen tätig, die schlecht entlohnt werden. Diese Frauen trifft es besonders hart.

Welche Lösungen gibt es, um die Gleichberechtigung voranzutreiben?
Martina Haas: Das Wollen und das Wahrhabenwollen. Eine Lösung kann nur dann gefunden werden, wenn auch das Problem erkannt wird. Wird das Problem nicht gesehen, aus welchem Grund auch immer, kann auch keine Lösung gefunden werden. Vorschläge zu verbesserten Bedingungen von Vereinbarkeit Familie und Erwerb, der Lohngleichheit, der Partizipation von Frauen sowie für die Behindertengleichstellung usw. werden von unserer Seite laufend eingebracht.

Conny Büchel Brühwiler: Die Initiative «HalbeHalbe» fusst auf dem Gedanken der politischen Partizipation aller Landesbürgerinnen und Bürger. 51 Prozent der liechtensteinischen Bevölkerung sind weiblich. Sie werden von 12 Prozent oder 3 weiblichen Abgeordneten im Landtag repräsentiert. Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien soll gefördert werden. Nimmt das Volk diese Ergänzung in unserer Verfassung an, wäre es ein Meilenstein für Liechtenstein.

Petra Eichele: Politikerinnen und Politiker, die sich wirklich für eine Gleichberechtigung einsetzen und etwas verändern möchten. Menschen, die eine gerechte und gleichberechtigte Gesellschaft wollen.

Braucht es einen weiteren Frauenstreik?

Conny Büchel Brühwiler: Solange es unerklärliche Lohnunterschiede zwischen Frauen- und Männerlöhnen gibt, solange die Altersarmut vorwiegend weiblich ist, solange Gewalt an Frauen alltäglich ist und solange es keine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in Politik und Wirtschaft gibt, wird es Frauenstreiktag geben, um auf diese Missstände aufmerksam zu machen.

Martina Haas: Einen weiteren Frauenstreik wird es mit Bestimmtheit geben. Wann es so weit ist, können wir derzeit nicht beurteilen. 28 Jahre wird es aber bestimmt nicht dauern.

Petra Eichele: Bis wir eine gerechtere Gesellschaft für Frauen und Männer haben, JA. Ich zitiere Johanna Dohnal: «Ich denke, es ist Zeit, daran zu erinnern: Die Vision des Feminismus ist nicht eine «weibliche Zukunft». Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn.»

Das Interview wurde schriftlich geführt.